

Kraukauer Zeitung.

Nr. 105.

Mittwoch, den 7. Mai

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierzeiligen Zeile für 10 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Für die Weichsel-Überschwemmten sind ferner an milden Unterstützungsgaben eingeflossen, u. z.:

Beim Bezirksamte Ustrzyki dolne	36	—
Von einer deutschen Theater-Vorstellung in Lemberg	114	54 1/2
Beim Bezirksamte Zbarasz	119	53
Vom Lemberger Musikverein	106	70
Beim Bezirksamte Kozowa	27	87 1/2
„ „ Grzymalów	80	—
„ „ Bursztyn	25	88
„ „ Wojniów	132	83 1/2
„ „ Bohorodczany	10	39
„ „ Tlumacz	272	89 1/2
„ „ Ulmów	200	50
„ „ Janów	17	61
„ „ Radymno	24	81 1/2
„ „ Mikolajów	59	90
Aus einer Effecten-Lotterie in Dolina	186	40
Vom lateinischen Pfarramte Oproyowice	5	—
„ „ Kozowa	9	40
Vom gr. Kathol. „ Budzanów	5	—
Von der Stadtkommune Lemberg	106	45
„ „ Sniatyn	100	—
Von der Kreisbehörde Stryj	71	20
Beim Bezirksamte Jazlowiec	100	—
„ „ Jaroslau	285	91 1/2
„ „ Niemirów	49	10
„ „ Kalusz	40	—
„ „ Budzanów	13	—
„ „ Wielkie Mosty	85	69
„ „ Tysmienica	5	25 1/2
„ „ Skalat	100	—
„ „ Uscieczko	139	26
„ „ Kopezynce	1	50
„ „ Kulików	181	7
„ „ Dubiecko	29	49 1/2
„ „ Nadworna	45	34 1/2
Vom lateinischen Pfarramte Stojanów	6	—
„ „ Hodowica	3	40
Vom Pfarrkaplan Malawski	5	—
Vom Bezirksamte Brzezany	69	3 1/2
„ „ Winniki	93	41
„ „ Rudki	16	2
„ „ Czortków	11	30
„ „ Buczac	26	—
„ „ Kolomea	4	30
Zusammen	3023	2 1/2
Hiezu die hithin ausgewiesenen	26816	85 1/2
2 Ducaten in Gold, 20 Rubeln und 1 fl. 15 fr. Coupons		
Summa	29839	88
2 Ducaten in Gold, 20 Rubeln und 1 fl. 15 fr. Coupons		

Kraukau, den 5. Mai 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 29. April d. J. dem dirigirenden Polizeioberkommissar Karl Hofmann in Padua für die am 2. v. M. mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung eines 12jährigen Knaben aus den Klüften des Waghilans das Allerhöchste Wohlgefallen zu erkennen zu geben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 25. April d. J. an dem Metropolitanabte zu Wien den Dompropst Andreas Kasner zum Domdechanten, dann den Ehrenobern und fürstbischöflichen Domdechanten, Secretär Eduard Angerer zum wirklichen Domherrn allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 25. April d. J. den bisherigen Verweser des österreichischen Vice-Konsulates in Larnaca Joseph Pascoini zum Honorar-Vicekonsul daselbst allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Finanzminister hat die Telegraphen-Kommissärsstelle in Pesth dem Ober-Telegraphisten und Amtleiter Ferdinand Preiner in Weichenberg verliehen.

Das Justizministerium hat den kreisgerichtlichen Hilfsämter-Director in Nied Sylvester v. Baumgarten zum Hilfsämter-Director in Wien ernannt, den Oberlandesgerichtlichen in Wien und Franz Müller zum Hilfsämter-Director bei dem Kreisgerichte in Nied ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 7. Mai.

Eine Lösung der römischen Frage wird, nach allen Symptomen in Paris als so nahe bevorstehend betrachtet, daß man jetzt sogar zu zweifeln beginnt, das zur Heiligpredung der japanischen Märtyrer zusammenberufene Bischofscouncil werde in Rom zusammen-

treten. So schreibt ein Correspondent der „Independance“, der diese Nachricht von „Personen, die im Stande sind, gut unterrichtet zu sein und deren vorsichtige Zurückhaltung keinem Zweifel unterliegt“, erhalten haben will. Man spricht auch von einer neuen Brochure, die diesen Schlußakt der römischen Frage vorbereiten würde.

Nach einem Pariser Schreiben der „FP.“ liegt in der Abberufung des Generals Goyon nicht ein politisches Motiv, sondern der Umstand zu Grunde, daß der General auf die ihm zugegangenen neuesten Instructionen, worin ihm namentlich zugemuthet wurde, sorgfältig darüber zu wachen, daß keine Waffe aus dem Römischen nach dem Neapolitanischen geführt würde, etwas spitzig geantwortet und insbesondere auf seine Function als „Douanier“ angepielt habe. Der Kaiser, an unbedingten Gehorsam gewöhnt, fühlte sich dadurch verletzt. So erzählte man in der Umgegend der Kaiserin, wo sich eine eigene, dem Palais Royal offen widersprechende und mit dem Kaiser nicht immer harmonirende Partei bildete.

Den nach Wien gelangten Eröffnungen Frankreichs in Bezug auf den Handelsvertrag ist nach einem Wiener Schreiben der „FP.“ keine außerordentliche Wichtigkeit beizulegen. Vorläufig handle es sich mehr um einen Act der Courtoisie. Würde aber die Angelegenheit ernsthaft in Betracht zu ziehen sein, dann wäre vor Allem zu erwägen, ob es wirklich im Interesse Oesterreichs liegt, Staaten gegenüber, an welche es nicht grenzt, sich auf mehr einzulassen, als auf Vereinbarungen über Tarife.

Auch die Berliner „Bank- und Handels-Zig.“ bezeichnet die Nachricht, daß die Regierung von Hannover sich für die Annahme des Handelsvertrages mit Frankreich ausgesprochen habe, für verfrüht. Hannover will sein politisches Verhalten Preußen gegenüber nicht präjudiciren und daher abwarten, ob die süddeutschen Staaten dem Vertrage beitreten. Bis dahin hält Hannover sowohl mit der Zustimmung wie mit der Abweisung zurück und hat denn auch keine definitive Erklärung abgegeben. Auch die kurhessische Regierung ist noch keineswegs dem Vertrage formell beigetreten. In den Hansestädten fängt der französische Handelsvertrag an, eine lebhafteste Kritik hervorzurufen, weil jede billige Reciprocität fehlt und Deutschland nicht allein politisch, sondern auch materiell benachtheiligt wird. Das Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft, eine Corporation, welche gewiß nicht schubhändlerische Principien vertritt, hat sich dennoch gegen den Vertrag in Opposition gesetzt und namentlich hervorgehoben, daß Berg- und Hüttenwerke durch die plötzlich zugelassene englische und belgische Concurrenz in eine sehr kritische Lage gebracht werden.

Neuerdings ist wieder die Rede von einer französischen Anleihe, und es soll sich nur noch um die Ziffer handeln. Der Kaiser wünscht eventuell eine Anleihe von einer Milliarde unter der Zusicherung, daß 200 Millionen zu öffentlichen Arbeiten verwendet werden sollen. Im Palais Bourbon scheint man jedoch zu befürchten, daß Se. Majestät unter öffentlichen Arbeiten zunächst mehr oder minder gepanzerte Schiffe verstehen werde, und man ist dort deshalb der Ansicht, daß die Anleihe 600 Millionen (hinreichend um die Conversion der Rente zu Ende zu führen etc.) nicht übersteigen dürfe.

Der französische Consul in Genua hat die vom König Victor Emanuel dort gehaltene Rede nach Paris geschickt, und es ergibt sich daraus noch der „K. Z.“, daß es dem König gefallen hat sich weit energischer über die Ereignisse des laufenden Jahres auszusprechen, als man aus den übrigen Berichten ersehen konnte. Er gab die bestimmte Versicherung, daß die große römische Frage dieses Jahr ihre friedliche Lösung finden werde; dann werde Venetien kommen, für dessen Befreiung er die Hilfe eines mächtigen Allirten verheißt; zwar gebe es Mächte, die Italien nicht gewogen sein, allein es liege nichts daran, denn sie seien ohnmächtig. Sind diese Worte richtig, so würden sie nur bestätigen, daß die Reise des Königs in gerader Linie mit der Reise Garibaldis rivalisiren soll. Was der König hier sagte, ist das Echo der Worte des tapferen Reichsaarenführers, des Republikaners, aber Garibaldi stellte der Leidenschaft und dem Fanatismus, an den er sich wendete, nicht fremde Hilfe in Aussicht, feuerte sie nicht an durch die Hinweisung auf ausländischen Succurs!

Die französische Regierung hat in Rom ihre Vermittelung angeboten, um die Hindernisse beseitigen zu helfen welche der Absendung des Mgr. Berardi nach Rußland entgegenstehen. Mgr. Chigi und Cardinal Morlot sind auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers in dieser Richtung thätig.

Die „Opinion Nationale“ meldet, der Pops habe in Anbetracht des bedenklichen Zustandes nunmehr denjenigen Cardinal bezeichnet, den er im Falle seines Absterbens zu seinem Nachfolger auf dem Stuhle Petri wünsche; die Wahl sei dem Vernehmen nach auf den Cardinal de Angelis gefallen, der früher Erzbischof von Parma war. Der „Independance Belge“ wird geschrieben, daß, wenn Victor Emanuel in Rom erscheine, der Pops mit dem Cardinal Antonelli nach Venedig gehen werde, und für diesen Fall auch bereits eine provisorische Regierung ernannt sei, welche aus den Cardinälern Rauscher von Wien, Mgr. Wisemann und einem dritten, dessen Name noch nicht bekannt sei, bestehen werde. Es versteht sich von selbst, daß diese Nachrichten nur mit Vorsicht aufzunehmen sind; wir erwähnen derselben nur, weil sie für die Situation bezeichnend sind.

Die in Turin gebildete Gesellschaft für die Einheit Italiens hat unter Bertani's Vorstich sich versammelt und eine Dankadresse an Lord Palmerston für dessen jüngst im Unterhause abgegebene Erklärung beschlossen. Am Schlusse wird der englische Premier ersucht, sein Möglichstes zu thun, damit Frankreich seine Truppen aus Rom abberufe. Es wurde einstimmig beschlossen, daß Mazzini mit Ueberreichung der Adresse an den englischen Staatsmann beauftragt werde.

Nach einem Berliner Schreiben der „K. Z.“ wird preussischerseits der kurhessischen Regierung sofort eine sehr nachdrückliche Vorstellung wegen des auf die Wahlen bezüglichen Erlasses gemacht werden. Indessen wird man, wie es heißt, von Abberufung des Gesandten vom kaiserlichen Hofe Abstand nehmen, da man sich dadurch des Mittels diplomatischer Einwirkung berauben würde. Es ist aus zu bemerken, daß bis jetzt die kurfürstliche Regierung noch nicht den Termin für die Wahlen zur Stände-Versammlung anberaumt hat. Man wird demnach von Seite der kgl. preussischen Regierung Alles aufbieten, um die Entscheidung über den preussisch-österreichischen Antrag am Bundestage zu beschleunigen, damit dieselbe wo möglich dem Vollzuge der Wahlen, mittels derer sich die Regierung des Kurfürsten eine Minoritäts-Kammer zu schaffen gedenkt, zuvorkomme. Es wird auch versichert, daß der kurhessische Wahl-Erlass selbst bei den würtzburger Cabinetten durchaus Mißbilligung gefunden habe und daß auch diese der kurfürstlichen Regierung ernste Vorstellungen darüber zu machen sich anschickten.

Seitens der königlich holländischen Regierung ist dem Schweizer Bundesrath die Mittheilung gemacht worden, daß man am kaiserlichen Hof von Japan die Absendung einer schweizerischen Gesandtschaft an denselben nicht nur sehr gern sehen, sondern ihr auch alle mögliche Unterstützung angedeihen lassen würde. Da diese Mittheilung eine officielle ist, so hat der Bundesrath seinem Handels- und Boldepartement sofort den Auftrag ertheilt, die zur Absendung der projectirten Gesandtschaft notwendigen Anstalten möglichst zu beschleunigen.

Die „Patrie“ veröffentlicht die den Großmächten mitgetheilte Instruction des Großveziers an D. Mex. Pascha vom 9. April. Die Instruction schließt mit dem Auftrage, alle erforderlichen Maßregeln der Abwehr zu ergreifen, jedoch ohne die Absicht, den status quo im Gebirge bezüglich der Verwaltung oder des Gebietes zu ändern.

Der „Opinion nationale“ wird aus Mexico geschrieben: „Der größte Theil der Beschwerden, auf welche Herr Thouvenel sein Ultimatum gründet, bezieht sich auf Vorfälle, die unter der Regierung Miramons stattfanden, und für welche Herr von Gabriac sich wohl hütete, Genugthuung zu verlangen. Am bedauerlichsten bei der französischen Intervention in Mexico ist aber, daß, Dank des ausreichenden Benehmens des Herrn Dubois v. Saligny, Dank hauptsächlich des von General Lorencez dem General Almonte und dem Vater Miranda bewilligten Schutzes, sich ein Umschlag der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Spanier kundgibt, und die Tendenz deutlich hervortritt, den angeborenen Haß, den die Mexicaner gegen ihre früheren Beherrscher besaßen, auf die Franzosen zu übertragen.“

§ Rzeszów, den 3. Mai 1862. Bereits am 11. Januar l. J. haben die Vertreter der Stadtgemeinde Rzeszów den Beschluß gefaßt, dem H. Kreishauptmann Victor v. Abrahamberg durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes ein bleibendes Zeichen zu geben der Dankbarkeit für dessen unausgesetzte und in so vielen Beziehungen erfolgreiche Bemühungen, für das Wohl der Stadt.

Deute erfolgte die feierliche Ueberreichung des für

den neu ernannten Ehrenbürger ausgefertigten Diplomes. Um 12 Uhr Mittags verfügte sich der vor Kurzem bestellte Bürgermeister Notar Holzer mit den Stadauschußmännern in Gesellschaft des Rzeszower Bezirksvorsehers in die Wohnung des Kreishauptmannes und wurde daselbst von diesem in Gegenwart mehrerer Beamten der k. k. Kreisbehörde empfangen.

Der Bürgermeister hielt an den neuen Ehrenbürger eine kurze Anrede in polnischer Sprache, in welcher er erwähnte, daß die Gemeindevertretung zum zweiten Male in der Absicht erscheine, um die Verdienste eines Beamten, welcher seit der Entwicklung eines regeren Gemeindelebens, unter schwierigen Verhältnissen unverrückt für das Wohl der Commune gewirkt hat, anzuerkennen, daß ferner die Stadtgemeinde als einen solchen Mann den Kreishauptmann v. Abrahamberg hochschätze und als Zeichen dieser Hochschätzung und Da kbarkeit demselben das Ehrenbürgerrecht, die höchste Gabe, die die Commune zu spenden vermöge, mit der Bitte überbringe, dasselbe anzunehmen. Der Kreishauptmann nahm hierauf aus den Händen eines der Stadauschußmänner das Diplom, dankte in herzlichen Worten für die ihm durch Verleihung des Bürgerrechtes gewordene Auszeichnung und versicherte die Stadtrepräsentanz, daß es auch fortan wie bisher sein eifriges Streben sein werde, für das Wohlergehen und das Gedeihen der Stadt Rzeszów nach Kräften beizutragen. Viel gäbe es noch zu thun und die Aufgabe sei schwierig, doch bei vollger Eintracht der Stadtgemeindevertretung und dem guten Willen derselben könne der erwünschte Erfolg nicht ausbleiben!

Die Gemeindevorstandung verabschiedete sich sodann unter Wiederholung der Wünsche für das Wohlergehen des neu benannten Ehrenbürgers.

Das Diplom selbst ist eine sehr gelungene calligraphische Arbeit des Herrn Henig, Rechnungsexpediten der hiesigen k. k. Finanzbezirksdirection.

Der Text desselben ist dem Zwecke entsprechend würdig gehalten und in äußerst gefälliger Form geordnet. Auf dem Diplome befinden sich außer vielen kleineren Verzierungen ein Bild, welches die Stadt „Wien“ und die „Austria“ darstellt, dann das städtische Wappenstein, endlich das von Genien umgebene Wappen des Kreishauptmannes.

Jedem, der Zeuge oben beschriebener Feier war, wird dieselbe wohl lange in Erinnerung bleiben, und jeder, der es redlich meint mit dem Gedeihen und der glücklichen Zukunft der Stadt Rzeszów, dem Wohlergehen der Bewohner derselben wird wünschen, es mögen alle von den heute ausgesprochenen Wünschen in Erfüllung gehen.

Viel, sehr viel gibt es bei uns zu thun, doch mit vereinter Kräfte Walten wird auch das Schwerste bald vollbracht.

Um nur einiger der zu lösenden Aufgaben zu gedenken, sei erwähnt, daß uns noch immer die längst erwünschte Ober-Realschule fehlt, daß Rzeszów keine eigenen parrischen Wohngebäude besitzt, daß die Stadt zum größten Theile der Neupflasterung, so wie der Regulirung und Herstellung der Seitengassen dringend bedürftig ist, daß die Ueberwölbung des Mikolajka-Baches oder doch die wirksame Vorjorge für die feste Reinhaltung desselben ein allgemein gefühltes Bedürfnis ist, daß es Noth thut, für die Verschönerung der Stadt etwas zu thun, sei es auch vorläufig nur die Erhaltung der, gegen das ehemals Lubomirskische Schloß (heutmalen Kreisgerichtsgebäude) führenden Allee, daß ferner im Interesse der zahlreichen studirenden Jugend die Errichtung einer Turnanstalt höchst erwünscht erscheint und daß es endlich alle Stadtbewohner höchst erfreuen würde, wenn in Rzeszów eine komfortable Badeanstalt und eine Schwimmschule hergerichtet würde.

Bei gutem Willen und ernstem Streben läßt sich selbst mit den bisher vorhandenen Mitteln, zwar nicht auf einmal, doch gewiß nach und nach das meiste derselben erreichen, was voranstehend als wünschenswerth bezeichnet wurde.

Hoffen wir, daß die Gemeindevertretung in richtiger Erkenntniß der derselben obliegenden Verpflichtung, sich das Wohl der Stadt ernstlich angelegen sein lassen und zur Erreichung des erwünschten Erfolges die besten Mittel anzuwenden werde, hoffen wir endlich, daß es der Thätigkeit der Gemeindevertretung und dem als allseitig das Stadtwohl fördernden, durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes anerkannten Streben des k. k. Kreishauptmanns Victor Edlen v. Abrahamberg, als Repräsentanten der Regierung, gelingen möge, das zu erreichen, was das Wohl und Gedeihen der Stadt, so wie das Wohlergehen und die Zufriedenheit ihrer Bewohner dauernd zu begründen vermöge.

— Aus Ungarn, Anfangs Mai. Bekanntlich hat Sr. k. k. Apostolische Majestät die Ruinen des im Jahre 1848 abgebrannten alten Universitätsgebäudes in Lemberg der ruthenischen Nation zu einem Nationalhause und die alte Universitätsbibliothek zur zweifachen städtischen Pfarrkirche geschenkt. Im Jahre 1851 geruhete Sr. Majestät beim Beginne des Wiederaufbaues den Grundstein zu diesem Nationalhause höchst eigenhändig zu legen. Die Arbeiten wurden mit großer Mühe und Anstrengung durch viele Jahre fortgeführt, denn es gab eigentlich keinen Fonds zur Herstellung dieses Gebäudes und man mußte die Opferbereitschaft des ohnehin armen Volkes in Anspruch nehmen; dennoch sind bei der Ausdauer des Comité die Arbeiten im Jahr 1861 schon soweit gediehen, daß die ganze Ost- und Südseite bereits vollkommen hergestellt und an einige Parteien vermietet worden sind. Anfangs dieses Jahres ist in der Hinsicht eine erfreuliche Wendung eingetreten, denn Sr. k. k. Apostolische Majestät hat zu diesem Zweck einen Theil der nächsten großen Lotterie zu bestimmen, und als Voranschuss dem Comité 12 Tausend Gulden auszahlen zu lassen geruht. Nebenbei sind auch namhafte Beträge von der Geislichkeit und vom Volke zu diesem Behufe eingeflossen, so daß wir in der freudigen Hoffnung leben, dieses Denkmal noch im Laufe dieses Jahres vollendet zu sehen. Was aber die zweite städtische Pfarrkirche anbelangt, so muß man sich noch vor der Hand auf bessere Zeiten vertrösten, indem ihre innere und äußere Einrichtung nach dem slavisch-katholischen Ritus einen großen Aufwand erheischt, den man gegenwärtig zu bestreiten nicht im Stande ist.

Im Nationalhause befindet sich jetzt das ruthenische Casino, welches von der Geislichkeit, den Bürgern, Beamten und Offizieren ruthenischer Nationalität stark besucht ist und wo musikalische und deklamatorische Abendunterhaltungen abgehalten werden. Der große Saal, welcher nächstens hergestellt werden wird, wird zu ruthenischem Dilettantentheater und auch zu Ballen benützt werden.

Somit hat die ruthenische Nation einen eigenen Sammelpunkt Sr. k. k. Apostolischen Majestät zu verdanken und dieses Gefühl ist unter den Ruthenen allgemein, besonders aber unter der studierenden Jugend, welche gegenwärtig einen großen Eifer zum Studiren und wahre Hingebung an das hohe Kaiserhaus bei jeder Gelegenheit manifestirt.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Die Banksection hat sich am 5. d. mit dem §. 14 der Statuten beschäftigt. Dieser lautet nach der Regierungsvorlage:

„Die österreichische Nationalbank ist während der Dauer ihres Privilegiums ausschließlich berechtigt, unverzinsliche, dem Ueberbringer auf Verlangen zahlbare Anweisungen auf sich selbst anzufertigen und auszugeben.“

Diese Anweisungen der österreichischen Nationalbank (Banknoten) dürfen auf keinen niedrigeren Betrag als 10 fl. lauten.“

Die Debatte drehte sich vorzüglich um die Begriffsbestimmung der Banknoten, indem hervorgehoben wurde, daß nach der Definition des obigen Paragraphen möglicher Weise auch die von Privaten auszugebenden unverzinslichen Anweisungen verboten erscheinen könnten. Man einigte sich nach dem Antrage Szabls dahin, in der ersten Alinea nach dem Worte „berechtigt“ die Worte „Banknoten d. i.“ einzuschalten.

Der zur zweiten Alinea von Szabel (in seinen Vorschlägen) gestellte Änderungsantrag nach dem Worte „dürften“ einzuschalten: „sobald der §. 12 des Uebereinkommens zur Geltung gelang“ — wurde mit Rücksicht darauf, daß das Uebereinkommen noch nicht Gegenstand der Berathung war, abgelehnt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. Mai. Sr. k. k. Apostolische Majestät geruhete im Laufe des heutigen Vormittags zahlreiche Privataudienzen zu erteilen.

Nächster Tage wird Sr. Majestät der Kaiser die neuartigen Veränderungen in der Adjustirung der Kavallerie besichtigen und es werden zu diesem Behufe Mannschaften der verschiedenen Truppengattungen vorgestellt. Die Husaren verlieren die Cahäs und erhalten dafür die Kucsmä, an welchen die herabhängende Zunge nach der Farbe der jetzigen Cahäs sein soll. Die Pelze fallen ganz weg, so auch der weiße Mantel, der durch den braunen ersetzt wird, wie ihn die Freiwilligen-Husaren bereits haben, auch die bei den letzteren bereits in Gebrauch stehenden Blousen werden eingeführt. Die dunkelblau adjustirten Husaren erhalten rothe enge Stiefelhosen. Die lichtblau adjustirten behalten die bisherigen Farben. Die Kürassiere erhalten neuartige Helme und hohe Stiefel. Die Uhlanen behalten die grüne Farbe, erhalten jedoch eine Umgestaltung ihrer Monturen nach dem Schnitte der Freiwilligen-Uhlanen. Die ganze Kavallerie wird außerdem mit neuartigen Säbeln versehen, deren Erzeugung seit längerer Zeit schon begonnen hat. Diese Adjustirungs-Veränderungen treten übrigens nur successiv und erst dann ein, wenn die dergleichen im Gebrauche stehenden Monturstücke ausgetragen sind, so daß für die Staatsfinanzen keine neuen Lasten erwachsen.

Die Deputation der Stadt Trau (Zagreb) in Dalmatien, bestehend aus den Herren: Conte Antonio Zanfogna, Podestà von Tran, Dr. Professor Antonio Lubin in Graz und Antonio Mavretsch, Gemeinderath von Trau, wurde gestern Mittag von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen, um ihren ehrfürchtigen vollen Dank auszusprechen für die Entscheidung über

die Erweiterung der Brücke, die ihren Hafen durchkreuzt, so daß von nun an auch große Schiffe in denselben einlaufen und durchfahren können.

Eine Bürgerdeputation aus Fiume wird dieser Tage hier eintreffen, um bei Sr. Majestät dem Kaiser das Ansuchen wegen Bewilligung zu einer Lotterie für gemeinnützige Zwecke, namentlich für den Bau einer besseren Fahrstraße zu stellen.

Sr. k. k. Hoheit Erzherzog Wilhelm ist gestern nach Mainz abgereist.

Prinz Lippe-Schaumburg ist gestern nach Schaumburg abgereist.

Der Herr Staatsminister Ritter v. Schmerling wird von Salzburg eine Fußpartie durch das Gebirge machen und auf solchem Wege nach Ischl und Linz gelangen. Am 18. d. wird Minister Schmerling wieder in Wien eintreffen.

Der Herr FML. Graf Paar ist gestern, wie es heißt, in besonderem Auftrage nach Berlin abgereist.

Die regelmäßig wiederkehrende Bundestruppen-Inspection wird dem Vernehmen nach im diesjährigen Herbst abgehalten.

Die Wahl eines Abgeordneten für den niederösterreichischen Landtag an die Stelle des verewigten Freiherrn v. Pillerdorff hat heute im Bezirke Leopoldsdorf stattgefunden. Der Ausgang des Wahlkampfes wird viele überraschen. Während nämlich in den letzten acht Tagen Suellen und Ghibellinen in den Zeitungsinseraten unter dem Rufe: Die Prediger Zellinek! Die Professor Glaser! auf Tod und Leben mit einander stritten, ging aus der heutigen Wahl der Name eines dritten ganz unsichtbaren Kandidaten sieghaft hervor. Die Stille im Lande haben im Landtag gefestigt. Bei dem Vorstrutinium, welches Freitag Abends stattfand, waren 338 Wähler anwesend, und es ergab sich folgendes Verhältniß der Abstimmung: Prof. Glaser 128, Zellinek 89, Figdor 71, Bürgermeister Zelinka 48, Neumall 1, Kelingo 1 Stimme. Heute bei der definitiven Wahl wurden 604 Stimmzettel abgegeben und es erhielten davon Dr. Zelinka 328, Herr Figdor 4, Ritter von Neumall 3, Herr Metaxa 1 Stimme. Bürgermeister Dr. Zelinka ist somit zum Abgeordneten der Stadt Wien im niederösterreichischen Landtag proclamirt.

Deutschland.

Ueber das Resultat der preussischen Urwahlen gibt die officiöse „Sternzeitung“ ihrem Unwillen in einem längeren Artikel Ausdruck. Sie führt aus, daß doch das Ministerium sonst allen Forderungen des aufgelösten Abgeordnetenhauses nachgegeben habe, und daß es daher nicht nothwendig gewesen wäre, Fortschrittsmänner und Demokraten zu wählen. Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Auf diesem Punkte hat das Ministerium jeden Grund eines Zerwürfnisses aus dem Wege geräumt, und es muß sich zeigen, in wie weit das Programm der Fortschrittspartei aufrecht gemeint war. Wenn die Letztere ein gutes Einverständnis zwischen Regierung und Volksvertretung, welches einzig dem loyalen Sinn und den wichtigsten Interessen der Nation entspricht, unmöglich machen will, so hat sie allein die Verantwortlichkeit für die Folgen zu tragen. Welche Prüfungen aber auch die Parteileidenschaft über unser Vaterland hängen mag, wir haben die Gewißheit, daß die Geschichte Preußens in einer festen Hand ruhen, welche das Staatsschiff durch alle Stürme in den sicheren Hafen führen wird.“ Wie sich die ministerielle Partei zum Ausfall der Wahlen verhalten wird, läßt sich noch nicht vorherbestimmen, jedoch scheint die Berliner Börse so etwas wie einen Staatsstreik zu befragen. Die Bank- und Handelszeitung schreibt: „An der Börse vom 4. d. war eine Fülle der widersprechendsten Gerüchte über eine abermalige Ministerkrise und über Absichten, die gegen die Verfassung gerichtet wären, verbreitet. Wir nehmen von denselben hier nur deshalb Kenntniß, weil die Börse diesen Gerüchten einen entscheidenden Eindruck auf ihre Haltung einräumte. Den vollen Inhalt des an der Börse Erzählten mögen wir nicht hier wiedergeben, nur so viel sei erwähnt, daß von der Berufung eines neuen conservativeren Ministeriums, von der Detourirung eines Wahlgesetzes und von militärischen Vorkehrungen zur Durchführung dieser und ähnlicher Maßregeln die Rede war. Gegen den Schluss der Börse überbot sich die Erfindungsgabe der Speculanten, welche aus solchen Gerüchten Nutzen ziehen, so daß sie zuletzt keinen Glauben mehr fanden.“ Den „S. N.“ wird aus Berlin geschrieben, daß der König einen hohen Beamten, der ihm das Ergebnis der Wahlen mittheilte, die Worte sagte: „Ich habe meine Entschien und getroffen.“

Nach der „Berliner Börsen- und Handelszeitung“ stellen sich die bisherigen Ermittlungen über die Wahlergebnisse in Preußen folgendermaßen heraus: Provinz Brandenburg: 1504 Fortschritt, 273 Constitutionelle, 69 Conservative; Provinz Preußen: 287 Fortschritt, 18 Constitutionelle, 62 Conservative; Provinz Pommern: 318 Fortschritt, 1 Constitutionelle, 48 Conservative; Provinz Schlesien: 272 Fortschritt, 32 Constitutionelle, 62 Conservative; Provinz Posen: 188 Fortschritt, 6 Constitutionelle, 41 Conservative; Provinz Sachsen: 322 Fortschritt, — Constitutionelle, 12 Conservative; Rheinland-Westphalen: 678 Fortschritt, 15 Constitutionelle, 202 Conservative. In allen genannten Provinzen also 3569 Fortschritt, 345 Constitutionelle, 496 Conservative.

Der „Nat. Ztg.“ erscheint indes der Feldzugplan des Herrn v. d. Heydt vollkommen durchsichtig. Er habe den Wegfall des Steuerzuschlages, sowie die Einbringung des Budgets für 1862 und 1863 mit möglicher Specialisirung der Etats angekündigt. Mit diesen nachträglichen Zugeständnissen an das aufgelöste Abgeordnetenhause sollen zugleich dem neuen die Handhaben jedes Einflusses auf den sonstigen Gang der Gesetzgebung und Verwaltung, auf die innere und auswärtige Politik von vornherein entzogen werden. Das Abgeordnetenhause könne auf allen diesen Gebie-

ten nur bitten, rathe, nur eine Initiative ergreifen, welche ohne die Bestimmung der Regierung und des Herrenhauses vollkommen ohnmächtig bleibe. Lasse es sich in den Budgetfragen ohne eine nachhaltige Sicherung der Landesrechte abfinden, und geneige es daneben vielleicht sogar noch die Militärnovelle des Hr. v. Roon, so sei das gegenwärtige System für längere Zeit befestigt. Nach dieser Militärnovelle würde die Einreihung der beiden jüngsten Jahrgänge der Landwehr in die Reserve in solcher Weise erfolgen, daß eigentlich eine siebenjährige Dienstzeit Platz griffe mit der Unmöglichkeit, in diesem Zeitraum irgend eine fechtbürgerliche Stellung zu begründen. Dies möge durchführbar sein, wo daneben nicht der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht bestehe. In Preußen könne schon der bloße Versuch die bürgerlichen Verhältnisse Jahre lang in solcher Weise verwirren und lähmen und so unermäßliche Opfer fordern, daß die Wähler dringenden Anlaß hätten, die Männer ihres Vertrauens zur unerschütterlichen Standhaftigkeit dieser Erneuerung gegenüber zu verpflichten.

Soviel bis jetzt mit Gewisheit verlautet, heißt es in der Berliner „Bank- und Hand.-Ztg.“, wird in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Ministeriums vor der Constituierung der Kammern nichts geändert werden, bis auf die Besetzung des Handelsministeriums, über welche mit dem Grafen Eulenberg noch verhandelt wird.

Die von der herzoglich nassauischen Regierung zur Begutachtung des deutsch-französischen Handelsvertrages einberufenen Interessenten sind am 2. d. in Wiesbaden zur Berathung zusammengetreten. Die Vertreter der Weinproduction erlangen gänzliche Beseitigung der Weinübergangsabgabe.

Der kgl. preussische Ministerial-Director Delbrück ist mit neuen Vollmachten und Instructionen nach München zurückgekehrt, um bei der bairerischen Regierung für den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich weiter zu wirken. Aus dieser Thatsache ergibt sich klar die Erfolglosigkeit der ersten Mission. Ob Herr Delbrück von München auch nochmal nach Stuttgart geht, ist im Augenblick noch fraglich.

Der Zeitung für Norddeutschland zufolge, haben die Wähler in Kassel einstimmig eine Eingabe an die deutsche Bundesversammlung gerichtet, in der sie gegen die, angefaßt der gemeinschaftlich von Oesterreich und Preußen in der kurhessischen Verfassungsangelegenheit gestellten Anträge, von der Regierung erlassene jüngste Verordnung, die Wahlen zur zweiten Kammer der Landstände betreffend, Verwahrung niederlegen, und gleichzeitig erklären, daß man außer Stande sei, die im §. 1 dieser Verordnung vorgeschriebene Erklärung, wonach man die Wahl zur zweiten Kammer der Landstände auf Grund nach Maßgabe der Verfassung von 1860 ohne einen Vorbehalt vornehme, abzugeben. Wenn sie sich demnach nicht an der Wahl zur zweiten Kammer der Landstände betheiligen, so wollten sie gegen alle daraus zu machenden Folgerungen, wie gegen diese Gewalttätigkeit selbst und gegen die Beschlüsse einer etwa aus dieser und aus Minoritätswahlen hervorgegangenen Kammer sich und ihren Mitbürgern das Verfassungsrecht vom Jahre 1831 reserviren.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. Die Reise des Prinzen Napoleon nach Neapel ist jetzt fest beschlossen. Es wird von dem Gutachten der Aerzte abhängen, ob ihn Prinzessin Clotilde begleiten kann oder nicht. Der Prinz schiffte sich in Marseille ein und nimmt auch Hr. Compeyrier, Mitglied des Instituts, mit, was darauf hindeutet, daß er mit seiner Reise archäologische Zwecke verbinden will. Vorgestern gab der Prinz ein großes Diner, bei dem Hr. v. Lavalette, Hr. Thouvenel, Hr. Nigra und außerdem viele bekannte Mitglieder der italienischen Partei zugegen waren. — General Goyon soll, so wie er hier ankommt, seinen Sitz im Senat einnehmen. Er ist eben mit der Inspection seiner Truppen beschäftigt, was immerhin noch einen Vorwand abgeben kann, seine Urlaubsreise zu verzögern. Gräfin Goyon soll eine bedeutende Stellung im Hofstaate der Kaiserin erhalten. Was Hr. Lavalette anzubelangt, so ist allerdings von seiner sofortigen Rückreise noch keine Rede, doch ist ihm diese später in Aussicht gestellt, wenn inzwischen eintretende Verhältnisse nicht eine neue Combination herbeiführen. Vorläufig wird das Interim des ersten Gesandtschaftssecretärs, des Herzogs v. Belluno verlängert. — Ueber die amerikanische Frage sollen Meinungsverschiedenheiten im Ministerium wieder sich erhoben haben. Es wäre die Frage von der Anerkennung des Südens neu angeregt worden. — Der König von Holland wird (Montag) den 5. Mai Avonds in Paris erwartet. Die Königin von Holland, welche schon längere Zeit in den Tuilerien wohnt, wird sehr häufig an öffentlichen Orten gesehen; sie empfängt viele Schriftsteller, Dichter, Künstler, auch wenn dieselben zur Opposition gehören. Solche werden aber natürlich nicht in die Tuilerien geladen, sondern erhalten Einladungen zu einer Zusammenkunft an einem dritten Ort. Die Königin, deren Gewandtheit und Rührigkeit bei den Pariseren viel Anerkennung finden, ist auch der Gegenstand von allerlei mehr oder minder begründeten politischen Gerüchten. Insbesondere schreibt man der Königin sehr feindselige Pläne gegen Belgien zu.

Wie man versichert, werden sich außer den Bischöfen mehrere französische Aebte von Klöstern und eine Anzahl von Kloster- und Weltgeistlichen nach Rom begeben.

Der aus Rom abberufene General de Goyon ist zum Senatur ernannt, wie die „Patrie“ meldet. Nach dem „Correspondance Havas“ wird der Gesandte Marquis de Lavalette in den nächsten Tagen nach Rom abreisen. Nach der „Presse“ wird de Goyon keinen Nachfolger erhalten, sondern einfach der älteste Brigadegeneral an seine Stelle treten. Nach der „Opinion nationale“ verließ de Goyon Rom am 1. Mai; er

hatte in Porto d'Anzo vorher noch eine längere Unterredung mit dem Papste.

Der Gharivari ist wegen eines Artikels: Les qui-proquos de M. de Goyon, den Pierre Béron unterzeichnet hatte, verwirrt worden. Verigny erblickt in den Späßen des Blätters „verleumderische Imputationen gegen den Ober-Befehlshaber des Occupationscorps in Rom“, wodurch Mißachtung auf die französische Armee und Verachtung gegen die französischen Institutionen kund gegeben sein soll. Diese Verwahrung trifft seltsam mit der verben Abfertigung zusammen, die heute der halbofficielle „Constitutionnel“ den Gegnern Italiens zu Theil werden läßt. Bei der kaiserlichen Regierung weiß in Betreff Italiens niemals die linke Hand, was die rechte thut.

Die „A. Z.“ berichtet, daß der Herzog Pasquier, beinahe 100 Jahre alt, Parlamentsmitglied von 1789 und Kammerpräsident unter Ludwig Philipp, in Paris gestorben ist.

Kaiser Napoleon hat Lord Ganning, den gewesenen Generalkonstatthalter von Indien, bei dessen Durchreise durch Paris in die Tuilerien einladen lassen und sich lange mit ihm unterhalten, namentlich über die nordamerikanischen Angelegenheiten. Er soll ausgesprochen haben, daß er viel von dem Schritte seines Gesandten zu Washington, des Herrn Mercier, erwarte, daß er die Forderungen des Nordens kenne und nicht übertrieben finde, er hoffe zu einer Lösung zu gelangen, welche die vollständige Handelsfreiheit und die Abschaffung der Sklaverei binnen zehn Jahren in sich schließt. Ganning hat schwerlich ein eben so großes Vertrauen auf die Erfolge Mercier's ausgedrückt. Der hochbegabte einstufige Vizekönig Indiens kennt außerdem die Complicationen der napoleonischen Politik zu genau, um nicht zu wissen, welche Interessen der Kaiser in Nordamerika verfolgt. Daß es Napoleon nicht unbekannt geblieben ist, welche Sympathien in den südlichen Staaten Nordamerikas für Frankreich stets vorhanden gewesen sind, Sympathien, welche sich schon aus dem Blute erklären lassen, entgeht dem klugen Engländer jedenfalls auch nicht. Er weiß also die entgegenstehenden Aeußerungen des französischen Kaisers nach Gebühr zu würdigen.

In Chalons sollen, wie es in militärischen Kreisen heißt, Versuche mit einer Maschine angestellt werden, die man einen „Monitor“ auf Rädern nennen könnte, eine Batterie, welche sich ungestraft den feindlichen Geschützen nähern dürfte, und in einer größeren Form auch mit Unwiderstlichkeit gegen Festungen zu benützen sei.

Belgien.

Das im belgischen Senat gestellte Amendement, den für die turiner Gesandtschaft im auswärtigen Budget aufgestellten Posten von 50,000 Fr. auf 42,000 Fr. herabzusetzen, wurde am 3. d. auch in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Es lag übrigens in der Hand der clerikalen Partei das Cabinet zu stürzen. Nachdem das oben erwähnte Amendement abgelehnt worden, genehmigte der Senat mit umgekehrtem Stimmenverhältniß den Satz von 50,000 Fr. für die turiner Gesandtschaft und vertagte sich auf künftige Woche.

Großbritannien.

London, 2. Mai. Die Königin ist gestern in Baltimore angekommen. Die Königin hat den Wunsch zu erkennen gegeben, daß ihr Geburtstag (der auf den 24. Mai fällt) dieses Jahr nicht gefeiert werde, aber daß ihre Majestät gleichzeitig keinen ihrer Diener des Ferientages, den sie am 24. Mai haben, berauben will. Ein Rundschreiben dieses Inhalts ist vom Lord Kammerherrn an die verschiedenen öffentlichen Departements erlassen worden.

Die am 1. d. erfolgte Ankunft der japanesischen Gesandten war für die Einwohner von Dover, wie man aus Correspondenzen von dort sieht, ein eben so großes Fest, wie es der erste Ausstellungstag heute für die Londoner ist. Die Corporation bereite sich, wie schon gemeldet, den Gästen ihre Aufwartung zu machen, und hatte also den Genuß, sie früher, als irgend ein Londoner und ohne Entreezahlung anzugucken. Die Adresse wurde im Hotel „Lord Warden“ überreicht. Noch ehe sie ans Land stiegen, erhielten sie vom Garisons-Comandanten, General Garrod, und 2 anderen Offizieren, an Bord des französischen Schiffes „Le Coric“ Besuch, und man bemerkte, daß sie die Menschenmasse am Ufer mit derselben Neugier beobachteten, als sie selbst beobachtet wurden. Einer aus dem Gefolge stand mitten unter dem Lärm und der Aufregung, die dem Landen vorherging, still, wie eine Bildsäule, und zeichnete das ehrwürdige alte Dover Castle, aus dessen Batterien den Japanern eben eine Salve als Gruß entgegenholte. Er zeichnete sehr rasch und schien in seine Arbeit so vertieft, daß kaum ein Schiffbruch ihn darin gestört haben würde. Das Gefolge war mit einigen der an Bord befindlichen Franzosen sehr gut Freund und als sie das französische Schiff verließen, umarmten sie einander mit großer Herzlichkeit.

Am 2. d. hatten die japanesischen Gesandten eine Zusammenkunft mit Carl Russell im auswärtigen Amte. Es war der erste ceremonielle Besuch, und außer dem Staatssecretär des Auswärtigen war Niemand als dessen beiden Unterstaatssecretäre, Layard und Hammond, dabei zugegen. Carl Russell theilte den Herren im Laufe der Unterhaltung mit, daß er das Schreiben des Tycoon der Königin übergeben habe. Dafür und für die vom auswärtigen Amte getroffenen Anordnungen, damit sie der Eröffnung der Ausstellung beiwohnen konnten, sprach er ihren Dank aus. Nach kurzem Aufenthalt fuhr er nach ihrer Wohnung in Warwick Hotel zurück, auf dem, ihrem ausdrücklichen Wunsche zufolge, ihre Landesschiffe aufgezogen wurde: weiße Seide mit einer großen rothen Scheibe, den Aufgang der Sonne vorstellend, in der Mitte. Sie wollen ungefähr einen Monat lang in

